

Liebe Speyerer Bürgerinnen und Bürger  
Sehr geehrte Ratsmitglieder  
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

Frau Bürgermeisterin Frau Beigeordnete

Willkommen im Kommunalwahlkampf

Die Linke freut sich, dass nach Römer + Bischöfen und nach 100 Jahren Frauenwahlrecht, wozu die Linken ja einiges beigetragen haben, freuen wir uns auf die erste weibliche OB in Speyer haben.

Lieber Axel Wilke,

schöne Kinder und Speyer ist ein schönes Kind ,haben viele Väter und in Speyer nun auch eine Mutter.

Speyer hatte viele OB. Sie alle haben mit Einer Ausnahme Gutes für die Stadt bewirkt.

Aber ohne Stadtvorstand, Mitarbeiter in Verwaltung und den Werken aber vor allem seinen Bürgerinnen wäre Speyer nicht dort wo es heute ist.

Global denken, lokal handeln: Dieses Motto reicht nicht mehr aus, wenn es gilt, dem guten Leben der einen auf Kosten der schlechten Arbeit der anderen ein Ende zu bereiten. Globales Denken verlangt nach nationalem und transnationalem Handeln. Und zwar bevor schon wieder der nächste Oxfam-Bericht erscheint – und neuerlich das Bekannte enthüllt.

So Prof. Dr. Stephan Lessenich

vom

Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dass beides, Gewinnen und Verlieren, im globalen Kapitalismus miteinander zusammenhängt, kann nicht oft genug deutlich gemacht werde.

Die Einkommen und Vermögen der Reichen und Superreichen dieser Welt werden aus der Arbeit und der Armut von großen Bevölkerungsmehrheiten rund um den Globus geschöpft.

Das ist das eigentlich Skandalöse an den Verhältnissen.

Die einen bereichern sich auf Kosten der anderen.

Die Auswirkungen tragen weltweit die finanziell schlechter gestellten Menschen in ihren direkten Lebensbereichen

Ihren Gemeinden und Städten

Und liebe Koll. Selg, ich bin froh das unsere Stadt kein Unternehmen ist das Gemanagte werden muss um die Profite zu maximieren.

Während die einen in ihren privaten Jets als Finanzjongleure durch die Welt jetten.

Haben die anderen nicht einmal die Möglichkeit an Sonntagen mit öffentlichen Verkehrsmittel aus ihrer Gemeinde nach Speyer in das Museum in zu kommen.

Wir sehen meine Eingangssätze haben direkte Bezüge auch zu unserer Stadt Speyer.

Dabei geht es nicht darum Reichtum und Eigentum zu verteufeln

Nein es geht um die Verpflichtung seines sozialen Gebrauch

Im Grundgesetz steht

Ich zitiere: es hat zugleich dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen.

Zurück nach Speyer.

Viele Leerstände an Häusern und Wohnungen

lassen den sozialen Gebrauch von Eigentum sträflich vermissen.

Und auch die Wandlung von Miet- in Ferienwohnungen

dienen selten dem Wohle der Allgemeinheit.

Gerade in unserer Stadt Speyer

die auf Grund Ihrer begrenzten Nutzflächen

keine beliebige Erweiterung des Wohnraumangebotes zulässt.

Günstiger Mietwohnungsraum wird aber in Speyer dringend gebraucht.

Die Linke fordert daher eine Sozialquote bei allen weiteren Wohnungsbauprojekte.

Eine Sozialquote die sich an den qm der Wohnfläche ausrichtet

und nicht an der Anzahl von Wohnungen die gebaut werden sollen.

Es ist einer unserer Kritikpunkte, Herr Oberbürgermeister

den wir in ihrer Amtszeit sehen.

Diese Sozialquote wurde im Rat beschlossen, aber sie ist bis heute nicht umgesetzt.  
Investoren können also weiterhin, ohne diese Verpflichtung,  
ihre Gewinne realisieren.

Und das, obwohl **der** eine oder **die** andere durchaus bereit wäre,  
so es sie denn gäbe,  
eine Sozialquote in ihren Projekten zu berücksichtigen.

Was ebenfalls zu kritisieren ist,

Der Bau von Hotels auf unserem knappen Grund wird die Versorgung unserer  
Speyerer Bürger mit bezahlbarem Wohnraum nicht verbessern.

Speyer sollte sich kein Beispiel an Rotenburg nehmen  
wo die Bürger am Morgen in Ihre Stadt fahren müssen  
um die Touristen mit Weihnachtsschmuck und Schneeballgebäck zu versorgen  
und sich abends wieder in die Umlandgemeinden zurückziehen, weil nur dort  
bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Die Linke will eine lebendige Stadt in der auch die Bürgerinnen und Bürger  
leben können deren Arbeitsplätze nicht für ein auskömmliches Einkommen sorgen.

Ein auskömmliches Einkommen  
muss nach Meinung der Linken aber die Grundlage  
sein wenn sich in Speyer Gewerbe oder Handel ansiedeln wollen.

Denn ein Einkommen, das an der Mindestlohngrenze  
oder nur knapp darüberliegt,  
macht ein Wohnen in Speyer fast unmöglich.

Im Übrigen unterstützen wir die Aussage des Koll. Claus Ableiter in Bezug auf den  
Flughafen, der ein hervorragendes Wohngebiet ergeben würde

Eine innerstädtische Verdichtung von Wohnraum  
der bezahlbare Wohnraum bereitstellen soll,  
führt nicht selten zu sozialen Brennpunkten  
und immer zu einer Verschlechterung des städtischen Klimas  
da Grünzüge und somit Sauerstoff Quellen dieser Verdichtung zum Opfer fallen.

Es spielt dabei keine Rolle ob diese Planungen von einem  
Gestaltungsbeirat abgesegnet oder kritisiert werden.

Bei einer vernünftigen Personalpolitik unserer Stadt  
könnte viel Geld gespart werden,  
das wir mangels fehlender Kompetenzen bzw. zu wenig Personal  
für teure Gutachten und Gestaltungsbeiräte ausgeben.  
Die Linke hat diesem Gestaltungsbeirat im Rat nicht zugestimmt.  
Die Linke traut den in Speyer ansässigen Architekten durchaus zu,  
mit dem nötigen Wissen und ihrer

Naja

sagen wir Zuneigung zu dieser Stadt

Eine vernünftige Planung von Projekten  
im Wohnungsbau oder bei der Gestaltung von Straßen und Plätzen  
zu gewährleisten.

Im Übrigen bleibt zu befürchten  
dass dieser Gestaltungsbeirat den gewählten Bau- und Planungsausschuss und somit  
auch den gewählten Rat unserer Stadt umgehen soll.

Hier hat die künftige Verwaltungsführung einiges zu tun.

Die zukünftige Verwaltungs-Chefin sollte auch

im Städte-und Gemeindebund verstärkt die Wiedereinführung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau fordern.

Es ist allemal besser den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern, der bis zur seiner Abschaffung im Jahre 2001 durch die CDU den Staat im Jahr 50 Millionen kostete.

Diese flossen den Gemeinnützigen Bauträgern wie der GEWO oder der Baugenossenschaft zu.

Heute zahlt der Staat 1500 Millionen Wohngeld zur Unterstützung der Mieter Dies spült aber den Finanzinvestoren und Vermietern das Geld in die Taschen.

Ach ja nicht zu vergessen,

dass die Beihilfe zum Wohnen aus dem Gemeindehaushalt zu bezahlen ist und weder vom Bund also CDU und SPD noch vom Land also SPD FDP und Grüne ausreichend gegenfinanziert wird

Zum nächsten Innerstädtischen Problem der Verkehr.

Und hier insbesondere der Autoverkehr.

Über den Zustand unserer Straßen brauche ich nichts zu sagen das erleben die hier Anwesenden täglich hautnah und ab Januar mit der Sperrung der Rheinbrücke mit Sicherheit noch viel intensiver

Das Ganze nennt man Investitionsstau

Während die Bürgermeister und Oberbürgermeister

stolz auf den Abbau der Schulden blicken,  
blickt die Bürgerin besorgt auf marode Brücken, löchrige Straßen, unbefahrbare  
Radwege und Gehwege die nur mit geländegängigen Schuhen zu begehen sind.

Wir hinterlassen unseren Kindern zwar weniger Schulden  
aber dafür eine miserable Infrastruktur  
Diese ist dann aber nicht mehr durch vorausschauende Instandhaltung  
sondern nur mit teurem Neubau,  
siehe die Hochstraße in Ludwigshafen wieder herzustellen.  
Das Ganze dann natürlich zu gestiegenen Preisen.

Dies ist einer der Gründe  
warum sich die Linke nicht am Kommunalen Entschuldung Fond  
kurz KEF beteiligt.  
Zurück zum innerstädtischen Verkehr.  
Wer die Stadt vom individualen Autoverkehr befreien will  
und das nicht nur wegen drohender Dieselfahrverbote,  
muss, wie es nun Luxemburg plant und die Linke schon lange fordert,  
einen für die Bürgerinnen kostenfreien öffentlichen Personen Nahverkehr sorgen  
Dieser muss über ein Netz verfügen das schnell von A nach B fährt  
Nicht wie in Speyer  
zu einer wenn auch in unserer Stadt immer schönen Stadtrundfahrt führt. Mit  
alternativen Antrieben.  
Diese, will ich die Schönheit unserer Stadt genießen, braucht eben ihre Zeit.  
Nein,  
was wir brauchen sind Taktzeiten die eine Fahrplanaushang unnötig macht.  
Unnötig deshalb, weil ein verpasster Bus nur zu einer Wartezeit von max. 10 oder  
15 Minuten führt bis der nächste bereit steht.

Und wir brauchen den S-Bahn Haltepunkt Süd, allerdings an der Alten Schwegenheimer Straße. Dort brauchen wir keinen Aufzug und keine Unterführung.

Für all diese von uns beschriebenen Maßnahmen ist im Haushalt keine Spur  
Ja wir sind noch in der Lage einige nicht zu den Pflichtaufgaben zählenden Förderungen zu finanzieren aber mit welchen Summen

Nehmen wir das Frauenhaus

Leider wird der Bedarf

gerade wegen Gewalt in der häuslichen Gemeinschaft immer größer

Das Land kommt seiner finanziellen Verpflichtung auch in diesem Fall nicht nach.

Unser Frauenhaus kann ohne private Zuschüsse seine Aufgaben kaum bewältigen und es ist nur dem ehrenamtlichen Engagement

vieler Speyerer Bürgerinnen zu verdanken,

dass diese,

eigentlich von der sozialen Gemeinschaft zu tragende Aufgabe

Halbwegs erfüllt wird.

Somit sind wir beim schöneren Teil unserer städtischen Gemeinschaft

Bürgerliches Engagement wird in Speyer stets großgeschrieben.

Ob im Verein in den Kirchen oder den vielen privaten Initiativen

die in einer sozialen Gemeinschaft nicht fehlen dürfen.

Ihnen gebührt größtes Lob und unser aller Respekt

Genau wie den Menschen die in der Verwaltung und den Stadtwerken

In unseren Schulen

bei der Feuerwehr

in Kindergärten

in Seniorenheimen und Krankenhäusern

für unser aller Wohlergehen sorgen.

Dazu zählen auch die Mitarbeiterinnen in der

„Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende,,

die sich neben den vielen Ehrenamtlichen

um die Integration der Geflüchteten und ihre Eingliederung kümmern.

Und dies trotz mancher Anfeindungen,

leider auch aus der Speyerer Bürgerschaft.

Ihnen allen gilt unser Dank

Damit verbinden die Linken auch eine Aufforderung an die zuständigen Stellen für ausreichend Personal und eine bessere Entlohnung zu sorgen.

Eine Stadt die nur für Wohlhabende lebenswert ist kann keine schöne Stadt sein.

Letztendlich auch nicht für Touristen.

Die Linke wird daher auch im nächsten Jahr die Interessen finanziell nicht so gut gestellter Bürger im Auge haben.

Die Linke lehnt den Haushalt für das Jahr 2019 ab.

